

V-5 Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!

Antragsteller*in: Jan Schmid, Ocean Renner
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Als Grüne Jugend stellen wir
2 uns einem sprachlichen Überbietungswettkampf von rechts entschieden entgegen.
3 Jede demokratische Partei hat eine große Verantwortung, den politischen und
4 gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. Sprache schafft Realität. Wir erleben
5 seit Monaten einen massiven Rechtsruck in der politischen Debatte, der
6 insbesondere marginalisierte Menschen stark trifft. Gleichzeitig nimmt die
7 Zustimmung zu islamfeindlichen und antisemitischen Aussagen in der Gesellschaft
8 stark zu. Wir fordern die Grünen, insbesondere Funktionsträger*innen, dazu auf,
9 diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden und keine rechtspopulistischen
10 Erzählungen aufzugreifen. Gerade mit Blick auf den Wahlkampf ist das besonders
11 wichtig. Wir als Grüne Jugend stehen für eine Zukunft, in der alle Menschen
12 sicher, selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können und in der alle
13 Menschen, die Schutz suchen, auch Schutz bekommen. Aktuell sehen wir oft, wie
14 Politiker*innen demokratischer Parteien rechtspopulistische Narrative
15 aufgreifen, insbesondere in der Migrationspolitik und Queerpolitik. In den
16 vergangenen Wochen haben auch Vertreter*innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen
17 mehrfach Aussagen getätigt, die für uns als Grüne Jugend inakzeptabel sind.

18 Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung des Slogans: "Make Green Great Again".
19 Wir können nicht nachvollziehen, warum der zentrale Wahlkampfspruch einer Person
20 übernommen wird, die frauenfeindliche, klimaskeptische und faschistische
21 Positionen vertritt, um für die grüne Partei zu werben. Das ist inakzeptabel!
22 Wir fordern daher eine klare Entschuldigung und eine eindeutige Abgrenzung von
23 derartigen Aussagen.

24 Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion von Schutzsuchenden und
25 Asylbewerber*innen auf Personen, die in Deutschland "ihr Glück suchen" und die
26 "wir gebrauchen können" z.B. weil sie für uns in Pflegeheimen arbeiten sollen.
27 Viele Menschen suchen in Deutschland und Europa nicht einfach nur eine neue
28 Arbeitsstelle, sondern Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg! Diese
29 Tatsache sollte in jedem grünen Interview über Asyl- und Migrationspolitik
30 gewürdigt werden. Menschen nur auf ihre Nützlichkeit zu reduzieren, ist
31

32 entmenschlichend. Wenn im selben Atemzug von Rechten gesprochen wird, die
33 "verwirkt werden", dann müssen wir als Grüne Jugend dem entschieden
34 entgegentreten und sagen: "Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Ein
35 Menschenrecht kann nicht verwirkt werden!" Aussprüche von Rechten, die
36 "verwirkt" würden, erinnern an das rechte Narrativ vom "verwirkten Gastrecht".
37 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und sich hier ein Leben aufbauen,
38 sind keine Gäst*innen, die wir nach Belieben rausschmeißen können. Sie sind
39 unsere Mitmenschen und dementsprechend sollten wir sie auch in unserer Sprache
40 behandeln! Auch hier erwarten wir eine deutliche Entschuldigung und eine
Distanzierung von dieser Sprache.

41 Noch ein Beispiel ist ein Post einer Spitzenpolitikerin auf der Plattform "X",
42 in dem als Reaktion auf den Anschlag von Solingen gesagt wird, man habe ja zum
43 Glück schon geregelt, dass Abschiebungen auch nachts und ohne Vorankündigung
44 stattfinden können. Hier wird eine aus unserer Sicht problematische Verknüpfung
45 von Sicherheitspolitik und Migrationspolitik hergestellt. Diese Verknüpfung
46 schürt rassistische Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und stellt sie unter
47 Generalverdacht. Zudem bedeuten nächtliche und unangekündigte Abschiebungen ein
48 retraumatisierendes Erlebnis für die Betroffenen. Dass der Post inzwischen
49 gelöscht wurde, reicht nicht aus. Es braucht auch hier eine Entschuldigung für
50 die Verwendung rassistischer Narrative.

51 Darüber hinaus verurteilen wir, dass in einem Antrag zur 50. BDK, der von
52 zahlreichen grünen Spitzenpolitiker*innen unterstützt wurde, neben vielen
53 inhaltlichen Punkten, die wir als Grüne Jugend ablehnen - wie der Auslagerung
54 von Asylverfahren in Drittstaaten - von der "Reduzierung ungesteuerter
55 Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich
56 ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, ist für uns befremdlich,
57 da auch hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht
58 werden. Migration ist eine Realität und sie kann nicht ohne massive
59 Menschenrechtsverstöße "reduziert" werden. Wir als Grüne Jugend treten diesem
60 Narrativ entschieden entgegen.

61 Bündnis 90/Die Grünen müssen für einen Politikstil stehen, der für alle Menschen
62 da ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt.
63 Bündnisgrüne Politik muss sich daran messen lassen, wie viel Sicherheit sie für
64 marginalisierte Gruppen bietet. Eine antirassistische Sprache kann hier nur
65 einen Anfang darstellen.